



**dbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**  
landesbund  
brandenburg

Weinbergstraße 36  
14469 Potsdam  
Tel. 0331-2753600  
Fax 0331-2753602  
[post@brandenburg.dbb.de](mailto:post@brandenburg.dbb.de)  
[www.dbb-brandenburg.de](http://www.dbb-brandenburg.de)

# Pressemitteilung

22. März 2021

## Klage gegen die Justizministerin des Landes Brandenburg erhoben

Am heutigen Tag hat der dbb brandenburg und tarifunion die angekündigte Klage gegen die Justizministerin des Landes Susanne Hoffmann vor dem Verwaltungsgericht Potsdam erhoben.

Hierzu führt der Landesvorsitzende des dbb brandenburg und tarifunion, Ralf Roggenbuck aus: „Die Landesleitung des dbb brandenburg hat im Anschluss an das Spitzengespräch mit den Vertretern der Landesregierung am letzten Mittwoch noch einmal intensiv über das weitere Vorgehen beraten. Wir waren uns einig, dass die Einlegung einer Klage unumgänglich ist. Die Beteiligungsrechte, die im § 130 LBG geregelt sind, sind ein schützenswertes Instrument des Miteinanders der Landesregierung und der Gewerkschaften. Denn nur wenn die Interessenvertretungen frühzeitig eingebunden werden und Ihr Rat auch ernst genommen wird, kann vermieden werden, dass - wie im vorliegenden Fall - der Eindruck entsteht, dass Bulldozer Politik auf Kosten der Bevölkerung und der Beschäftigten gemacht wird. Nur so kann auch vermieden werden, dass es dazu kommt, dass Parlamentariern, die über Gesetze entscheiden müssen, nicht einmal mitgeteilt werden muss, dass dieses Gesetz auf fast einvernehmliche Ablehnung aller Beteiligten und insbesondere der beiden Spitzenorganisationen stößt. Bei vorliegendem Gesetz hätten die Spitzenorganisationen nach § 130 Abs.2 LBG verlangen können, dass ihre wesentlichen Vorschläge, die keine Berücksichtigung gefunden haben, mit einer Stellungnahme der Landesregierung dem Landtag zugeleitet werden.

Aus diesem Grund ist es auch die letzten Jahre gute Ordnung gewesen, dass die jeweiligen Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung des Landes Brandenburg unter weiter Auslegung des § 130 LBG die Spitzenorganisationen bei ähnlich gelagerten Fällen mit eingebunden haben. Diese wieder gewachsene gute Zusammenarbeit begrüßen wir ausdrücklich. Umso weniger nachvollziehbar ist für uns, dass diese gute Übung im vorliegenden Fall nicht mehr gelten soll. Für uns ist es daher wichtig, gerichtlich feststellen zu lassen, dass unsere Rechte verletzt worden sind.

Wir fordern die Justizministerin auf, das Gesetz zur Neustrukturierung der Arbeitsgerichtsbezirke zurückzuziehen und den dbb brandenburg und tarifunion als Spitzenorganisation erst einmal ordnungsgemäß zu beteiligen. „